



VON CORINNA EMUNDTS

Es wurde geklaut in Pößneck. Gartenzwerge. Steht in der Zeitung. Pößneck, ein kleiner Ort, beschaulich, 14.500 Einwohner. In hügeliger Goethelandschaft gelegen. Die Landesgartenschau ist seit wenigen Wochen eröffnet, sie soll ein wenig überregionales Flair bringen. Nun müssen die letzten Zwerge hinter Glas gezeigt werden.

Gartenzwerge. Verkörpern Sehnsucht. Nach Beschaulichkeit. Nach Gemütlichkeit. Nach Heimat.

Die Gegend ist schön hier im Thüringischen, die Straßen sind neu asphaltiert, die Fassaden renoviert, aber das reicht wohl nicht. Hunderte verlassen jährlich die kleine Stadt, auf der Suche nach Arbeit und Zukunft. Vielleicht sind die Menschen hier immer noch nicht angekommen im neuen Deutschland, im Jahr 10 nach der Wende. Vagabundieren zwischen optischer BRD-Kulisse und DDR in den Köpfen. In manchen steckt wohl auch noch etwas vom Dritten Reich.

„Ich wohne hier“, sagt Oswald Müller, „aber ich bin wurzellos.“ Die Hände gefaltet am Wirtshaustisch, drei kleine Buchstaben auf dem Poloshirt: NPD. Fast beginnt der 69-Jährige zu weinen über seine Worte. „Ich bin Sudete“, sagt er und schaut zu seinem Neffen herüber. „Für uns ist das Sudetenland immer noch ein Teil Deutschlands“, sagt der. Dunkler Schnurrbart, unauffälliges Äußeres, Mitglied im Pößnecker Schützenverein. „Beschäftigungslos“ nennt er sich, nicht: arbeitslos. Andreas Schönleben ist Kreisvorsitzender und Landesgeschäftsführer der NPD.

Er hat eine Gruppe Parteimitglieder zusammengerufen. Ein trauriger Haufen, manche kaum des sprachlichen Ausdrucks mächtig. Wortkarg ins Bierglas blickend. Keine Haider, keine Charismatiker, keine Rattenfänger. Wir sind benachteiligt und du bist es auch, wir fühlen uns heimatlos und du auch, deswegen kämpfen wir für dich – mit solcher Tristesse versuchen sie Mitglieder zu gewinnen. Im Stadtrat ist die NPD nicht vertreten, im Kreistag nicht und auch nicht im Landtag. Den Saale-Orla-Kreis regiert mehrheitlich die CDU, dazu SPD, PDS und eine Bürgervereinigung.

Dennoch macht sich in der Gegend eine braune Jugendkultur breit, so mächtig, dass Experten den Nachbarorten Neustadt und Pößneck in Ostthüringen alle Attribute einer „national befreiten Zone“ zumessen: ein Begriff, von Rechtsextremisten erfunden, um den Freiraum zu markieren, in dem sie Macht ausüben und Abwehler bestrafen können. Ein Begriff, den der Berliner Extremismusforscher Bernd Wagner als Ausdruck voranschreitender kultureller Hegemonie der Rechten definiert.

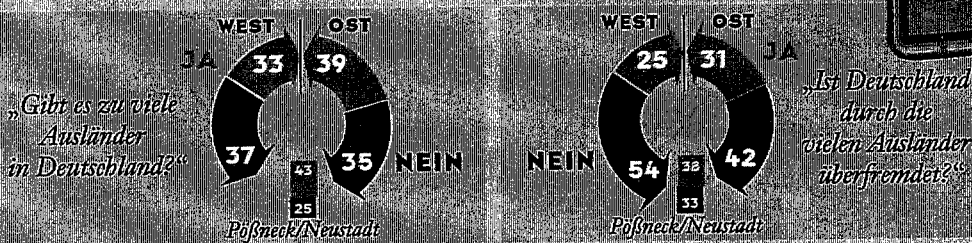
Die neuen Bundesländer bieten dafür eine besondere Voraussetzung: die weitgehende Abwesenheit von Ausländern. Die kleinstädtische Psychologie verschärft das Problem. In Pößneck und Neustadt, rund zehn Kilometer voneinander entfernt, sind weniger als 2 Prozent der Einwohner ausländischer Herkunft. Die Ausländerfeindlichkeit ist dennoch in beiden



Die Normalität des Bösen

Es lebt sich gut als Ausländerfeind in einer der neuen Bundesländern – ein Ortsbesuch

UMFRAGE



In den Thüringer Orten PÖSSNECK und NEUSTADT sind unter 2 Prozent der Einwohner Ausländer. Doch fast die Hälfte der Bürger sind ausländerfeindlich eingestellt – Nährboden für Rechtsextreme

Kleinstädten überdurchschnittlich hoch. Einer, Ahmad, der Kleiderhändler mit Marktstand in Pößneck, ist deshalb weggezogen. Auch die Punks sind schon weg. Denn hier herrscht der Terror, alltäglich, leise und unauffällig. Und in der Zeitung ist davon wenig zu lesen. Vielleicht weiß nicht einmal die Polizei davon. Oder will nichts davon wissen. Die Leute hätten manchmal einfach zu viel Angst, meint ein Polizist in Pößneck.

Die Region ist sozial gekniffen, ohne produzierendes Gewerbe und mit einer Arbeitslosenrate von 18 bis 20 Prozent. Im Zeitungsladen hängt eine kleine, sehnsüchtige Auswahl von Reiseführern über der Kasse: Karibik, Dominikanische Republik, Fuerteventura.

Der Verfassungsschutz macht in der Region um Gera, Jena und Saalfeld einen rechtsextremen Schwerpunkt aus. In Erfurt, 72 Kilometer entfernt, hatte an Ostern ein ehemaliges NPD-Mitglied einen Brandanschlag auf die Synagoge versucht. Thüringen hat in den neuen Ländern den stärksten Zuwachs an Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund.

Durch die Langeweile der Stadt tappt ein Mann mit Kampfhund, Armeehosen, Springerstiefeln und Kahlrasur. Die Unterlippe ist von einem Metallstachel durchbohrt. Am Kopf prangt der tätowierte Schriftzug „Blood & Honour“ – Name der Skinhead-Bewegung, die den Natio-

nalsozialismus verherrlicht. An der Bank unterhalb des Pößnecker Marktplatzes sammeln sich die jungen Männer mit den kahl rasierten Schädeln, die ihr Outfit nach der rechten Mode orientieren. Rechtsextrem ist Lifestyle geworden.

„Ich schneide denen eine Glatze, wenn sie wollen“, sagt die Friseurin am Markt. Im Übrigen heiße es noch nichts, wenn einer eine Glatze trage. Die Frisur der Skinhead-Mädchen sei inzwischen „ein moderner Kurzhaarschnitt“ für Kinder geworden. „Dort drüben wohnt so ein Rechter mit Kampfhund und Glatze“, sagt der Pößnecker Wasserwerker Günter Winkler und deutet von seiner Terrasse auf den Garten schräg gegenüber, „der pflanzt Blumen und verhält sich ansonsten ruhig.“ Manch-



mal verteilte der Nachbar NPD-Flugblätter. Man grüßt sich.

Mit spürbarer Apathie wird die sich ausbreitende braune Szene hingenommen. „Die NPD ist ja nicht verboten“, sagt Winkler und zuckt mit den Achseln. Was erlaubt ist, muss auch toleriert werden. Politik ist die Sache der anderen, nicht die eigene. Das Leben dreht sich um den Springbrunnen im Garten, den Urlaub auf Fuerteventura. Oder einfach nur darum, Arbeit zu behalten. Es gibt genügend Vereine in Pößneck und Neustadt, aber sie dienen nur der Ablenkung vom Alltag. Nicht der Abwehr, dem Widerstehen. Die Rechtsextremen besetzen die öffentliche Bühne, weil die Bühne leer ist. Sie muss nicht mal „befreit“ werden.

Mancher Ort gehört den Glatzen schon ganz allein. Eine Tankstelle, ein Park, in der Nacht auch der Marktplatz. Als Nachbarn, Kollegen oder Mitschüler sind die Rechtsextremen toleriert – treten sie indes in der Gruppe auf, per Handy aus der ganzen Region zusammengetrommelt, verbreiten sie Angst. Erst recht, wenn der Alkohol-Pegel hoch ist. Und die Opfer scheuen davor zurück, bei der Polizei Anzeige zu erstatten – aus Furcht vor Rache. Gewalt erzeugt Macht, Macht schüchtert ein.

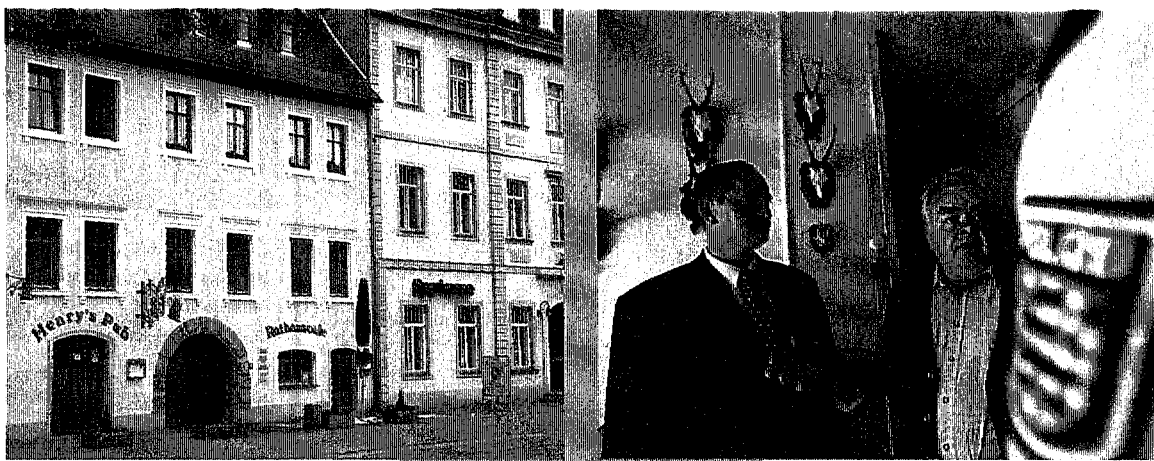
Neustadt, abends um halb zehn in „Henry's Pub“. Der Marktplatz ist wie ausgestorben, in der Kneipe geht die Stimmung hoch. Hinter der Theke bedienen zwei junge Männer, die in einem Film über die Hitlerjugend mitspielen könnten. Der eine trägt ein Abzeichen der Werwölfe, der Untergrundarmee, die Goebbels noch 1945 bis zum „Endsieg“ weiterkämpfen lassen wollte. In die englische

Popmusik brüllt ein Gast: „Sieg Heil!“ Ein strenger Blick vom Tresen, mehr passiert nicht.

Anfang des Jahres war einer der beiden Döner-Läden in Neustadt von einer Gruppe Glatzen demoliert worden. Der türkische Besitzer gab auf. Das Verfahren gegen die von der Polizei noch am Tatort gefassten Täter läuft noch. Nun gehört der „Dersim-Grill“ einer Deutschen. Seither gibt es keine Probleme mehr, sagt die Inhaberin. Einige Häuser weiter verborgen Bretter kaputte Scheiben: Seit Herbst wurde dort die „Projektwerkstatt“, ein selbst verwalteter Treffpunkt von Gymnasiasten, immer wieder Ziel von Gewalt. Vor ein paar Wochen wurde sie schließlich verwüstet, nun ist sie geschlossen. Gewalt verdrängt.

„Das ist zu belastend, da will man nicht mehr hin“, sagt die 18-jährige Gymnasiastin Katharina Stephan, die dabei war, als die Scheiben eingeschlagen wurden und man nach dem Notruf eine Dreiviertelstunde auf die Polizei wartete. Die Schülerinnen erzählen vom traditionellen „Hexenfeuer“ Ende April, bei dem so viele Glatzen standen, aber keine Polizei, dass sie wieder gingen. Eines der Mädchen wurde blutig geschlagen. Ob beim Karneval, beim





Brunnenfest oder der Schul-Disco-Gruppen von Glatzen tauchen auf und pöbeln.

Gewalt erobert den öffentlichen Raum – und die Menschen geben ihn preis. Eltern lassen ihre Kinder nicht mehr auf die Straße, wenn es heißt, die Glatzen seien unterwegs. Katja Besgen, Krankenschwester und Inhaberin der Musikneipe „Trial“, auch schon Objekt rechter Aggression, berichtet von einem Samstagabend, an dem „Sieg Heil“ durch die Stadt dröhnte. „Die wollen einschüchtern, und das haben sie in Neustadt geschafft“, sagt der Gymnasiallehrer Rolf Sängler. Er beobachtet eine „magnetische Anziehungskraft“ von zwei Rechten auf manche Schüler. Je niedriger die Schulart, desto mehr rechtsextreme Schüler. In Klassen der Berufsschule haben sie auch schon mal die Mehrheit.

Sängler, der Lehrer mit der intellektuellen Brille, hat sich auseinander gesetzt mit dem Thema Rechts-Extremismus. Das Schlimme ist, sagt er, dass das hier so geduldet wird. Er ist nicht allein mit seiner Meinung, doch für eine Gegenbewegung reichen die Kräfte nicht. „Jeder kümmerst sich um seine eigene Scholle“, sagt der Jugendpfarrer Andreas Schaller. Die Geschäftsleute, die Lehrer, die Sportvereine. Selbst bei der freiwilligen Feuerwehr wird geklagt, es sei unheimlich schwer, Menschen für den Dienst am Gemeinwohl zu gewinnen.

Als die Lokalzeitung kürzlich schrieb, Neustadt werde zum Schwerpunkt der rechten Szene, sei er überrascht gewesen, sagt Bürgermeister Arthur Hoffmann, parteilos. „Ich finde es nicht unbedingt gut, wenn man diesen Kräften zu viel Beachtung schenkt.“ Da ist er in guter Gesellschaft. Eine Sprecherin der Polizeidirektion bestätigt, sie habe sich mit den örtlichen Medien abgesprochen, Rechts-Extremismus so wenig wie möglich zu thematisieren.

Wie es scheint, sind manche Tabus der alten DDR noch immer mächtig.

Bürgermeister Hoffmann, angesprochen auf den zer schlagenen Döner-Laden, druckst herum. „Ich weiß nicht, ich muss sagen, es war ein Ausländer und irgendwie hat er sich da ... ich weiß nicht, ob es an den Wirtsleuten nicht selber liegt.“ Wenn der Mann über Randalen in seiner Stadt spricht, dann sind die Übeltäter „angereist“. Er meidet das Wort „Rechte“ und warnt doch vor Zuspitzungen wie in Österreich: „Man muss den Frust aus der Bevölkerung nehmen. Das ist eine Sache der großen Politik.“ Der Bürgermeister wird kenntlich als Teil des Schweigekartells. Gewalt macht stumm.

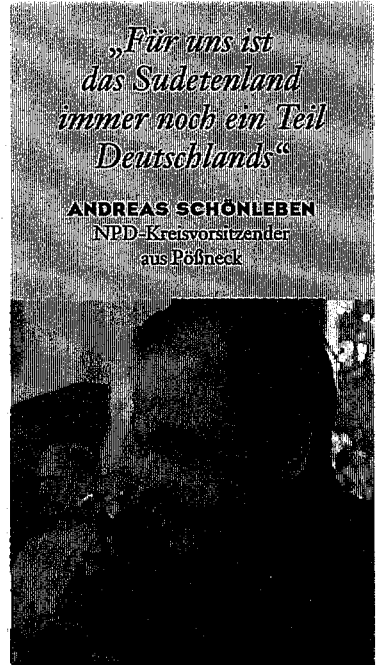
Am 8. April, eine Woche vor Eröffnung der Landesgartenschau, demonstrierten etwa 200 NPD-Anhänger in Pöbneck. Schon am Vorabend war es zu Randalen gekommen. Die PDS-Stadträtin Constanze Truschinski stellte sich ganz allein dagegen. „Gegen Gewalt und Hass“ stand auf dem Plakat, mit dem sie auf den Marktplatz zog. Nicht lange. Die Polizei habe ihr angedroht, sie wegzutragen, erzählt sie.

Abends nicht mehr allein in die Stadt. KATJA BESGEN (Bild links mit Brille) und ihre Freunde haben Angst vor den Neonazis. Dem Kleiderbändler AHMAD wurde der Ausländerhass zu viel, er zog weg. In HENRY'S PUB am Neustädter Markt haben Glatzen nichts zu befürchten. Pöbnecks CDU-Bürgermeister MICHAEL ROOLANT (links, bei einem Bürgerbesuch) kapitulierte vor den Rechten

Auch ein paar Dutzend Schüler wollten gegen den NPD-Aufmarsch protestieren – doch mehr als ein Friedensgebet mit dem Jugendpfarrer im Abseits der Kirche wollte man ihnen nicht zugestehen.

Die Obrigkeit hatte von vornherein kapituliert. Der neu gewählte SPD-Landrat Frank Roßner genehmigte den nationalen Spuk. „Eine flammende Erklärung gegen die NPD-Demonstration hätte denen doch noch mehr Öffentlichkeit gebracht“, rechtfertigt er sich heute. Immerhin habe er bei der Stadt angefragt, ob es möglich sei, am selben Tag eine andere Feier zu organisieren, dann hätte man die rechte Alternative nicht zu genehmigen brauchen. Doch das sei verneint worden.

Michael Roolant, CDU-Bürgermeister von Pöbneck, bestreitet das. „Ich erhielt vom Landratsamt die Information, die Demonstration sei



„Für uns ist das Sudetenland immer noch ein Teil Deutschlands“

ANDREAS SCHÖNLEBEN
NPD-Kreisvorsitzender
aus Pöbneck

nicht zu verhindern.“ Aber wollte das überhaupt jemand? Roolant kleidet seine Kapitulationserklärung in folgende Worte: „Lässt man die NPD durchziehen, punktum, das war es – oder organisiert man eine Straßenschlacht?“ Gewalt kann auch korrumpieren.

Wo doch die Verhältnisse so kompliziert und die Fronten so unklar sind. In seiner Nachbarschaft, erzählt der SPD-Landrat, hätten Neonazis eines Abends gefeiert, „Juden raus“ in die Nacht gegrüßt. Als Roßners Frau die Polizei anrief, wurde sie als Hysterikerin abgefertigt. Und an dem Samstag, als sich die NPD in Pöbneck versammelte, bemerkte der Landrat, im bürgerlichen Beruf Lehrer, dass im Fußballverein ein paar seiner Schüler

und Mitspieler fehlten – sie waren beim Aufmarsch dabei.

Abends „Stadtgespräch“ mit dem Bürgermeister im propevollen Saal der Freiwilligen Feuerwehr. Doch niemand macht den Schatten über der Stadt zum Thema. Es gibt ja Dringenderes: Badneubau, das Parkhaus, die Stadtmauer. „Dieses Thema“, meint am Tag darauf Michael Roolant, „ist nicht das heißeste in Pöbneck.“

Dieter Rebelein, Vorsitzender der Kreistagsfraktion der PDS, drückt es anders aus: „Das Materielle spielt eine größere Rolle als das menschliche Miteinander. Keiner merkt dabei, dass die Menschen sich auseinander leben.“ Den selbstbewussten politischen Bürger, der ohne Anweisung von oben beispielsweise einem Bündnis gegen Rechts beitrete, den gebe es hier nicht. „Der gelernte Ost-Bürger kann mit der Freiheit nichts anfangen, kann sie nicht als Aufgabe verstehen.“ Selbst in die Reihen der PDS frisst sich die Resignation. „Bei Parteiversammlungen kommt jeder, wann er will.“ Nur eine Bewegung organisiert sich noch selbst: die der Neonazis.

Hausbesuch in Pöbneck-Ost, eine Mietskasernen. Monika Damsch (40) lebt von Arbeitslosenhilfe. Ihre Schwägerin, ebenfalls arbeitslos, sitzt mit beim Kaffee. Die Weißrussen, sagt die Schwägerin und meint eine Aussiedlerfamilie in ihrem Haus, die kriegen die Wohnung vom Sozialamt bezahlt und fahren BMW, dank der Eingliederungshilfe. „Und was kriegen wir?“ Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg, findet Monika Damsch. Deswegen gebe es die Gewalt in Pöbneck. „Ich verurteile die Jugendlichen nicht mal dafür, ich muss mich selbst zusammenreißen, dass mir nicht manchmal die Hand ausrutscht“, sagt die Schwägerin. Ihr Sohn ist mitgezogen beim NPD-Aufmarsch, bis sie ihn rausgezogen hat. Das war ihr dann doch zu viel. Obwohl: „Was die NPD in Pöbneck will, ist ja nicht schlecht.“

Man habe sich „angenommen“ gefühlt bei der April-Demonstration in Pöbneck, sagt NPD-Mann Martin Soa bei Kerzenschein in der altdeutschen Gaststätte. „Es herrschte eine Atmosphäre des Friedens und der Zustimmung.“

Der Kreisvorsitzende Schönleben beteuert mit treuerzigem Augenaufschlag, die NPD habe mit anderen rechtsextremen Gruppierungen wie dem „Thüringer Heimatschutz“ nichts zu tun. Ach ja? Der Pressesprecher der Thüringer NPD ist gleichzeitig Kopf des Thüringer Heimatschutzes. Und einige junge NPDler aus der Gegend haben mit parteilosen jungen Burschen die „Schwarze Garde“ gegründet, um so das Parteiprogramm umschiffen zu können. „Streben sie eine national befreite Zone an?“ Was denn das sein sollte, gibt Schönleben den Naiven. Soa ist offener: „Wenn Sie damit meinen, dass die Hetze, die der NPD seitens der Massenmedien zuteil wird, keinen Anklang mehr findet bei der Bevölkerung, ja, das streben wir an.“ Und auf diesem Weg sei man schon ein Stück vorangekommen. „Heute gehören wir zum Stadtbild.“

WOCHE-PODIUM

NEUES FLAIR FÜR BLAIR

SIBYLLE TÖNNIES

über Nonsense und Nutzen des Begriffs Zivilgesellschaft

Bei ihrem Berliner Treffen haben die Vertreter der reformorientierten Mitte-links-Regierungen viel über die Zivilgesellschaft gesprochen. Man hat dieses Wort inzwischen schon so oft gehört, dass man sich geniert noch nachzufragen, was das eigentlich ist. Und man sollte es auch lassen. Denn man wird es nicht rauskriegen. Es gibt so viele einander übergipfelnde, einander widersprechende, in sich selbst unsumme Definitionen, dass es hoffnungslos ist, die Zivilgesellschaft auf den Begriff zu bringen. Hinter ihr steht kein Konzept, sondern ein Lebensgefühl.



chen. Sie ist die Bezeichnung einer gesellschaftlichen Klasse oder, besser gesagt, einer Kaste: der Kaste derer, die mit der Studentenbewegung hochgetragen wurden und auch nach dem Zusammenbruch ihrer damaligen Ziele oben bleiben wollen. Es sind die angepassten linken Intellektuellen.

Man kann sie mit dem Begriff bezeichnen, den die Regierungsvertreter verwenden, die sich in Berlin getroffen haben: Die Zivilgesellschaft ist die Kaste der reformorientierten Mitte-links-Intellektuellen.

Nun wüsste man gern etwas von den Reformen, auf die diese Intellektuellen hin orientiert sind. Da sucht man aber vergebens. Denn die diskursierende Zivilgesellschaft hat kein Ziel außer dem, sich selbst Kontur und Selbstbewusstsein zu geben. Ihr Interesse besteht in erster Linie darin, ihre mit dem Sozialismus zusammengebrochene Identität neu zu begründen und dadurch ihre Position zu halten. Selbstbetrachtung und Selbststilierung sind deshalb ihr



„Die Zivilgesellschaft ist die Kaste der reformorientierten Mitte-links-Intellektuellen“

Es gelingt deshalb nicht, sie zu den klassischen Topoi der Gesellschaftslehre ins Verhältnis zu setzen: Sie wäre die bürgerliche Gesellschaft im Sinne von Hobbes und Hegel, wenn sie die Sphäre des Privaten wäre, die dem Staat gegenübersteht. Deren Kern aber ist die Wirtschaft, während die Zivilgesellschaft außerhalb dieses eigensüchtigen Bereichs steht. Habermas, den man als den Genius der Zivilgesellschaft ansehen kann, definiert sie als „nicht staatliche und nicht ökonomische Zusammenschlüsse und Assoziationen“.

Er rechnet ihr allerdings Parteien und Gewerkschaften zu, die doch Teile des Staates beziehungsweise der Wirtschaft sind. Gehören aber alle Kräfte dazu, die Einfluss haben – so befindet man sich in der Denkwelt des Pluralismus, der nicht unterscheidet zwischen einem auf das Allgemeinwohl gerichteten Staat und einer auf Egoismus gegründeten Gesellschaft, sondern Politik als das zufällige Ergebnis des Geschiebes der unterschiedlichsten Pressuregroups auffasst. Und tatsächlich versteht man das Reden von Zivilgesellschaft oft am besten vor diesem weltanschaulichen Hintergrund. Meistens allerdings lässt sich als Synonym für Zivilgesellschaft das Wort öffentliche Meinung einsetzen. Denn ihre zentrale Aktivität ist der Meinungsaustausch – der Diskurs. Im Unterschied zur bürgerlichen Gesellschaft wird in der Zivilgesellschaft nicht gearbeitet, sondern gesprochen. Hier passt das große Wort Paradigmenwechsel: Während die sozialistischen 70er Jahre noch unter dem Paradigma Arbeiten standen, herrscht seit den 80er Jahren das Sprechen.

Hauptthema. Da ist es gut, dass die Zivilgesellschaft so einen gewaltigen Theoretiker wie Habermas hat. Denn Habermas hat ihrer Identitätsfindung seine Diskurstheorie zur Verfügung gestellt, in der nicht nur allgemein das Sprechen die höchste aller Tätigkeiten ist, sondern speziell das Sprechen über sich selbst. Wenn er von der „merkwürdigen Selbstbezüglichkeit der zivilgesellschaftlichen Kommunikationspraxis“ spricht, so will er keinen Mangel, sondern einen Vorzug bezeichnen. Wertvoller als die Diskussion einer praktischen Frage nämlich ist in dieser Theorie die „Selbstidentifizierung und Selbstlegitimierung“ der Diskursgemeinschaft. Die Momente, in denen sie sich ihrer selbst bewusst wird, erscheinen Habermas so wertvoll wie diejenigen, in denen sich Hegels Weltgeist selbst erfasst.

Und so weit sich die Überlegungen ins Kompliziert-Paradoxe verdrehen – wozu ihre selbstreflexive Struktur eine Neigung hat –, erzeugen sie den Anschein eines hohen geistigen Niveaus. Denn das Spielen mit paradoxer Unlogik wird heute keineswegs mehr als unserios angesehen, sondern als intelligent.

Die Zivilgesellschaft ist aber einerseits weniger und andererseits mehr als die öffentliche Meinung. Sie ist weniger, weil sie nur bestimmte Meinungen zulässt: die politisch korrekten. Ausgrenzende, menschenfeindliche Diskurse gehören nicht dazu.

Hauptsächlich aber ist die Zivilgesellschaft mehr: Sie ist nicht die Gesamtheit der politisch korrekten Ideen, sondern die Gesamtheit der Menschen, die diese Ideen bespre-

Die Attraktivität dieser frischen halblinken Identität ist größer als die staubige alte des Staatsmannes: Sie verschafft ein neues Flair nicht nur für Blair (der korrekterweise bei seinem Baby geblieben ist). Da aber die Zivilgesellschaft doch ein Gegengewicht zum Staat sein will, ergibt sich die drängende Frage: Wenn auch dessen Vertreter ihre Identität aus der mit sich selbst beschäftigten Zivilgesellschaft beziehen – wer repräsentiert dann noch den Staat?

SIBYLLE TÖNNIES (54) ist Jura-Professorin in Bremen und hat zu den Themen Kommunitarismus, Universalismus und Pazifismus publiziert